



NACH DER HESSENWAHL

Gewerkschaftliche Positionen und negative Entwicklungen

Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag deutlich vor dem 28. 10. 2018, dem Tag der Hessenwahl. Deshalb können wir heute noch keine Bewertung der Ergebnisse vornehmen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal an unsere Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ erinnern und an die Aussagen der Parteien vor der Landtagswahl. Wir werden sehr genau hinsehen und die gemachten Versprechungen einfordern.

Die SPD war mit einem offensiven Versprechen, nämlich nach der Landtagswahl dafür zu sorgen, dass im „Rund-um-die-Uhr-Betrieb“ zu jeder Zeit ein zusätzlicher Streifenwagen unterwegs ist. Das bedeutet unterm Strich rund 1200 zusätzliche Vollzugsstellen.

Die CDU hat auf ihrem Parteitag im September 900 zusätzliche Vollzugsstellen bei der Polizei gefordert. Das sind gute Ausgangslagen bei den großen Parteien in Hessen, um die Polizei personell weiter zu stärken.

Wir sind gespannt, welche Koalitionsmöglichkeiten sich rechnerisch ergeben und wie die zum Teil sehr unterschiedlichen Standpunkte in einem Koalitionsvertrag vereinigt werden können.

Eines muss aber von vorneherein klar sein: Weitere Sonderopfer der Beamten in Hessen und des gesamten öffentlichen Dienstes, wie in der letzten Wahlperiode, werden wir nicht zulassen! Angesichts der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung und der soliden Staatsfinanzen wäre dies ein erneuter

Frontalangriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen.

Auch erwarten wir schon vor den Tarifverhandlungen für den TV-H im Frühjahr 2019 ein klares Bekenntnis zu der zeit- und inhalts gleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten.

Bei der Frage der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gibt es für die GdP keine Grauzone in der Beurteilung. Bayern und NRW haben es bereits vorgemacht. Lediglich 0,018% des hessischen Haushaltes sind hierfür finanziell in die Hand zu nehmen. Wer das nicht umsetzen will und trotzdem von Wertschätzung der schweren Arbeit der Polizei fabuliert, der muss sich auf einen harten Kampf mit der GdP Hessen gefasst machen.

Neben den gewerkschaftlichen Forderungen für die Polizeibeschäftigten rund um Personal, Einkommen und soziale Belange blicken wir mit großer Sorge auf die politische Entwicklung, besonders auf den Rechtsrutsch, der sich bundesweit vollzieht. Eine wehrhafte Demokratie muss rechtskonservative Positionen aushalten, keine Frage. Viel zu oft aber werden die Grenzen zu rassistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Positionen überschritten. Blinder Hass, Egoismen, Fake-News und eine aggressive Emotionalisierung rücken an die Stelle von sachlicher Bewertung und rechtsstaatlichen Prinzipien. Diesen Positionen tritt die GdP Hessen entschieden entgegen.

Gerade Polizeibeamte sollten in



Andreas Grün

der Debatte rechtsstaatliche Positionen und demokratische Grundsätze verteidigen und thematisieren. Wir müssen die nötige Trennschärfe aufbringen und grundfalsche Behauptungen in der öffentlichen Diskussion geraderücken.

Wir haben ein vitales Interesse, den Rechtsstaat und die Demokratie zu schützen und zu stärken. Wir werden die Entwicklung am äußersten rechten Rand, abseits von Recht, Vernunft und Menschenwürde, sehr kritisch begleiten. Den demokratischen Rechtsstaat gibt es nur im Gesamtpaket. Liebe er sich für individuelle Teilbereiche selektieren, wäre es kein Rechtsstaat mehr.

**Andreas Grün,
Landesvorsitzender GdP Hessen**

WELCHE PERSPEKTIVEN HABEN TARIFBESCHÄFTIGTE?

Vision „Polizeifachangestellte(r)“

Seit vielen Jahren fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine deutliche Verbesserung für die Tarifangestellten innerhalb der hessischen Polizei. Die Zeiten im Tarifbereich haben sich ebenso schnell verändert wie die Polizei selbst. Dies beginnt beim Status unserer Beschäftigten, die in der überwiegenden

Anzahl heutzutage Tätigkeiten ausüben, die eigentlich in der Zuständigkeit einer Beamtin oder eines Beamten liegen.

Beginnen wir zunächst einmal mit der Berufsbezeichnung. Unsere Kolleginnen und Kollegen nennen sich Verwaltungs(fach)angestellte(r).

Ob als Kurierfahrer eingesetzt, im Geschäftszimmer tätig oder als IT-Spezialist mittendrin unter Beamten, sie alle haben den identischen „Dienstgrad“, wenn wir ihn einmal so nennen wollen.

Aufgrund der spezifischen Aufgaben im Polizeibereich und den vielen Berührungspunkten zur polizeilichen Arbeit



sind diese Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Polizei nicht mit anderen Beschäftigten aus der allgemeinen Verwaltung zu vergleichen.

Um dies in der Wahrnehmung der Berufsbezeichnung auch entsprechend zu würdigen, fordern wir seit Jahren die Politik auf, das Berufsbild des „Polizeifachangestellten“ zu schaffen.

Die Tätigkeiten unserer Beschäftigten sind nicht mehr per se vom polizeilichen Tätigkeitsfeld trennbar. Viele leisten Tag für Tag Tätigkeiten, die so nicht in ihren Arbeitsverträgen vereinbart beschrieben sind. Und hier gilt für uns der Grundsatz der Entlohnung nach der höherwertigeren Tätigkeit. In der Regel führt das jedoch nicht zum Erfolg, da das Eingruppierungsrecht bestimmte Tätigkeiten nicht höher bewertet (prozentuale Verteilung).

Mit den Möglichkeiten eines Ausgleichs in Form von Zulagen kommen wir auch nicht voran, dies ist im TV-H noch schwieriger verhandelbar. Bleibt also nur die Möglichkeit, über die Eingruppierung der Tätigkeiten für mehr Lohn zu sorgen.

Nach unserer Auffassung sollte es bei den „Polizeifachangestellten“ eine Einstiegseingruppierung in der E 8 bzw. E 9 geben. Eine Aufbauqualifizierung soll die tarifliche Grundlage für die Eingruppierung bilden. Auch weitere Aufstiegsmöglichkeiten nach abermaliger Qualifizierung sollten möglich sein.

Neben dem neuen Berufsbild ist es auch eine dauerhafte Forderung der GdP, dass alle Geschäftszimmer wieder entsprechend besetzt sind und die Arbeit nicht durch Vollzug erledigt werden muss.

Jeder Beamte, der sich wieder seinen originären Aufgaben zuwenden kann, ist ein Gewinn für den ganzen Polizeiparagrafen. Dies gelingt aber nur, wenn die Landesregierung endlich erkennt, dass die Seele der Polizei unsere Tarifbeschäftigten sind, die, meist im Hintergrund, die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Politik mit der guten Arbeit der Polizei schmücken kann.

Die Stelleneinsparungen der letzten Jahre im Tarifbereich haben hier zahlreiche Lücken hinterlassen, die durch Polizeibeamte geschlossen werden mussten. Denn mit dem Wegfall der Beschäftigten ist ja nicht auch gleich die Arbeit mitverschunden.

Mit Blick auf die Polizeifliegerstaffel war die GdP bereits jüngst erfolgreich.

Dort konnten die Flugbetriebsassistenten/-innen aufgrund ihrer besonderen technischen Tätigkeiten und Fähigkeiten in die EG 9 höhergruppiert werden.

Nach den jüngsten gerichtlichen Entscheidungen hinsichtlich der Wachpolizei ist es mehr als überfällig, dass auch andere Tätigkeiten unserer Beschäftigten mit einer Höhergruppierung anerkannt und in die Entgeltordnung des TV-H aufgenommen werden, denn sie sind genauso wichtig (beispielsweise unsere Geschäftszimmer).

Neben der Grundforderung der GdP, in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zurückzukehren, dürfen wir aber auch als Tarifpartner in den letzten Verhandlungen hervorheben,



dass es gelungen ist, einen Meilenstein der Tarifpolitik gesetzt zu haben.

Die stufengleiche Höhergruppierung. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt müssten wir es nur noch schaffen, durch entsprechende Hebungsprogramme im Tarifbereich, die Beschäftigten davon profitieren zu lassen. Denn die Mitnahme bei einer Höhergruppierung setzt natürlich voraus, dass es auch entsprechende Stellenhebungen gibt.

Auch das Landesticket war eine gute Errungenschaft der letzten Tarifrunde, die nicht von der Hand zu weisen ist. Wir dürfen auf die anstehenden Tarifverhandlungen gespannt sein, denn das Ticket läuft bekanntermaßen zum 31. 12. 2018 aus.

Es gibt noch viele Baustellen im Angestelltenbereich, die es zu bearbeiten gilt. Warum zum Beispiel ist bei der Arbeitszeit die Nachtzeit im TV-H mit 21:00 Uhr bis 6:00 Uhr geregelt (§ 7

Abs. 5 TV-H), währenddessen bei den Beamten die Nachtzeit bereits um 20:00 Uhr losgeht. Dies stellt aus unserer Sicht eine Ungleichbehandlung dar.

Dass dies auch finanzielle Folgen hat, macht ein einfaches Beispiel deutlich. Im Tatortkommissariat des PP Westhessen arbeiten Beamte und Wachpolizisten im 24/7-Dienst zusammen. Am Monatsende verlieren die Kolleginnen und Kollegen der Wachpolizei für jeden Nachtdienst eine Stunde der anspruchsberechtigten DuZ-Zeit. Aus unserer Sicht ein unmöglicher Zustand. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, damit werden wir in die kommenden Verhandlungen eintreten.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Bezahlung, die Gehaltsstufen sind im Vergleich zu „draußen“ nicht unbedingt als paradiesisch zu bezeichnen. Es wird immer schwerer, gute Mitarbeiter davon zu überzeugen, bei der hessischen Polizei zu bleiben.

Neue Mitarbeiter, auch gerade im IT-Bereich zu gewinnen, vielleicht sogar noch mit Berufserfahrung, wird scheinbar fast unmöglich. Gerade im Zuge der unaufhaltbaren Digitalisierung besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Die viel propagierte Fachkräftezulage ist nicht die Allerweltlösung. Dazu müsste sie auch nun endlich mal merkbar mit Leben erfüllt werden.

Mitarbeiter halten und um neue für die Tätigkeit bei der hessischen Polizei zu werben ist grundsätzlich nicht so schwierig. Man darf aber als Landesregierung auch den Markt nicht aus dem Auge verlieren.

Wo finden wir denn einen IT-Spezialisten, der sich für die Entgeltgruppe 9 oder 10 bei der hessischen Polizei bewirbt?

Dringender Handlungsbedarf besteht bei unseren „guten Geistern“, nämlich den Beschäftigten auf den Geschäftszimmern, in den Post- und Kommunikationszentralen, den Telefonvermittlungen, den Kurierfahrzeugen und vielen anderen mehr.

Auf sie können und wollen wir nicht verzichten.

Aber wir fordern eine Wertschätzung ihrer Tätigkeiten für die hessische Polizei, die aus unserer festen Überzeugung nicht in einer Entgeltgruppe zwischen E 3 und E 6 liegt! Auch warme Worte der Politik ersetzen das nicht!

Wir bleiben für euch am Ball.

Klimpke/Wittig



WORKSHOP UND PODIUMSDISKUSSION DER JUNGEN GRUPPE

Die Parteien im Verhör

Anlässlich der Landtagswahlen im Oktober 2018 führte die JUNGE GRUPPE am 24. September 2018 einen Workshop mit anschließender Podiumsdiskussion durch.

Das Motto der Veranstaltung lautete „Arbeitgeber Polizei: Ist die hessische Polizei für junge Menschen noch attraktiv? Ausblicke und Erwartungen an die Landtagswahlen!“.

Im Rahmen des Workshops kamen zwölf junge Gewerkschafter/-innen zusammen, um sich über mögliche Standpunkte der JUNGEN GRUPPE auszutauschen und gleichzeitig Forderungen an die politischen Parteien im Hessischen Landtag zu formulieren.

In dem Workshop, der vormittags startete und bis in den späten Nachmittag hinein dauerte, wurden Fragestellungen und Kernaussagen zu den Themenfeldern

- Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Moderne Ausrüstung und Ausstattung,
- Mehr Personal/Fachkräfte für die Polizei,
- Umgang mit (neuen) Kriminalitätsphänomenen,
- Keine Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen

erarbeitet, aus denen sich u. a. folgende Forderungen der JUNGEN GRUPPE ableiten lassen:



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, v. l. n. r.: Lucas Schwalbach (Junge Liberale), Adrian Gabriel (Die Linke), Sebastian Durchholz (Grüne Jugend), Kaweh Mansoori (Jusos), Bastian Zander (Junge Union) und Marcel Müller (JUNGE GRUPPE)

(gefertigt: Harald Zwick)

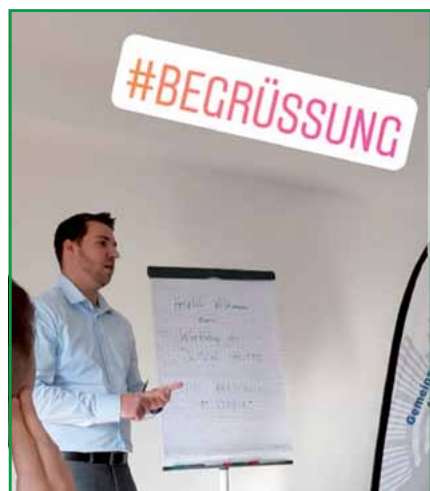
- Qualität der Ausbildung steigern,
- Unterkünfte für Studierende,
- Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten,
- Einführung Besoldung-P,
- Schaffung von Landesbediensteten-Wohnungen,
- Etablierung behördeneigener Kitas,
- Moderner/digitaler Streifenwagen,
- Flächendeckende Einführung von DEIG,
- Durchführung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen zu verschiedenen Themen,
- u. v. m.

Spaß bereitet. Spannend hierbei war vor allem der Austausch mit unseren Mitgliedern, die nicht ehrenamtlich als Funktionär aktiv sind. Die Gruppengröße des Workshops war für eine solch intensive Befassung ideal, wengleich wir uns über eine größere Teilnahmebereitschaft sicherlich gefreut hätten.“ (Zitat Marcel Müller)

Im Anschluss an den Workshop fand dann die Podiumsdiskussion mit den Jugendvertretern der politischen Parteien, genauer der Fraktionen im hessischen Landtag, statt.

Für die Parteien nahmen folgende Vertreter an der Diskussion teil:

- Lucas Schwalbach (Junge Liberale),
- Adrian Gabriel (Die Linke),
- Sebastian Durchholz (Grüne Jugend),



Begrüßung der Workshop-Teilnehmer durch den Landesjugendvorsitzenden. (gefertigt: Gianina Petermann)

„Die intensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen, die vor allem junge Polizeibeschäftigte umtreiben, hat großen

THEMA	junge liberale	DIE LINKE.	GRÜNE JUGEND	HESSEN JUSOS	JU JUNGE UNION
Attraktivität steigern	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Besoldung • Überstundenabbau • Moderne Ausrüstung • Entbürokratisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Besoldung • Stärkung der Personalkräfte • Personalzuwachs • Identische Übertragung der Tarifergebnisse auf Beamte 	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Besoldung • Schaffung von Sozialleistungen • Landesticket 	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Besoldung • Rückkehr in Tarifgemeinschaft der Länder • Einführung Besoldung-P • Schaffung von Zulagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Rückkehr in Tarifgemeinschaft der Länder • Personalzuwachs • Moderne Ausrüstung (z. B. DEIG) • Landesticket
Bezahlbarer Wohnraum	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung von Auflagen • Vereinfachung von Baugenehmigungen • Ausweisung neuer Bauflächen • Keine Förderung von sozialem Wohnungsbau 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung Spekulationssteuer • Förderung von sozialem Wohnungsbau • Besteuerung von Reichen und Konzernen 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von sozialem und ökologischem Wohnungsbau 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von sozialem Wohnungsbau • Erhöhung der Freigrenzen • Stärkung der Wohnungsbaugesellschaften • Schaffung von Landesbediensteten-Wohnungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von sozialem Wohnungsbau
Ausstattung	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung von DEIG (Taser) vorstellbar • Body-Cam positiv • Digitalisierung fördern 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung von DEIG vorstellbar, jedoch nur unter engen Voraussetzungen • Digitalisierung fördern • Keine paramilitärischen Waffen (Aufrüstung stoppen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung fördern • Body-Cam kritisch (Datenschutz) • Einführung DEIG vorstellbar, jedoch kritisch • Anschaffung moderner Ausrüstung 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung von DEIG (Taser) positiv • Body-Cam positiv (unter Beachtung Datenschutz) • Mehr Personal: Pro Dienststelle und Schicht eine Streife mehr (ca. 1200 Beamte) 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung von DEIG • Body-Cam positiv • Digitalisierung in Planung (z. B. Tablets für Streifenwagen) • Beschaffung moderner Schusswaffen, (Mittel-)Distanzwaffen



WORKSHOP UND PODIUMSDISKUSSION DER JUNGEN GRUPPE

- Kaweh Mansoori (Jusos),
- Bastian Zander (Junge Union).

Die JUNGE GRUPPE schickte ihren Landesjugendvorsitzenden Marcel Müller ins Rennen.

„Ziel der Podiumsdiskussion war es, den Diskurs der JUNGEN GRUPPE mit den Jugendvertretern der politischen Parteien zu fördern und sich stärker mit diesen über innenpolitische sowie gewerkschafts-politische Themen auszutauschen. Weiterhin war es dem Landesjugendvorstand ein besonderes Anliegen, der Politik ein authentisches Stimmungsbild über die Ängste und Nöte junger Polizeibeschäftigter in Hessen zu vermitteln.“

(Zitat Marcel Müller)

Die Veranstaltung war mit knapp 40 Teilnehmern/-innen gut besucht. Nicht nur die politischen Vertreter diskutierten rege miteinander, sondern auch die Zuhörer/-innen meldeten sich eifrig zu Wort und taten ihre Meinung kund. Moderiert wurde die Veranstaltung von Gregor Gallner, Bezirksjugendsekretär des DGB Hessen-Thüringen, der große Mühe hatte, die Vielzahl an Wortmeldungen aus dem Publikum zu berücksichtigen und in die Diskussion einzubauen. Auch der Landesvorsitzende Andreas Grün meldete sich mehrfach zu Wort und setzte wiederholt ein Statement zu wesentlichen Forderungen der GdP. Aufgrund der regen Diskussionen

und zum Teil hitzigen Debatten konnte nur ein Ausschnitt der im Rahmen des Workshops erarbeiteten Themengebiete angeschnitten werden. Und obwohl die Diskussion lediglich auf 90 Minuten angesetzt war, debattierten die Teilnehmer/-innen mehr als zwei Stunden über die Themen „Attraktivität des Polizeiberufs“, „Bezahlbarer Wohnraum“, „Ausstattung“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Schuldenbremse“, „Polarisierung der Gesellschaft“ und „Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen“.

Die einzelnen Standpunkte und Aussagen der politischen Vertreter können einer gesondert gefertigten Matrix entnommen werden (siehe u. a. unter www.gdp.de/Hessen).

Zum Abschluss gab es ein kleines Erinnerungsstück an die Veranstaltung, was bei den Podiumsteilnehmern gut angekommen zu sein scheint. Da die Veranstaltung in Frankfurt stattfand, entschied sich der Landesjugendvorstand für einen Bembel im JUNGE-GRUPPE-Design als Gastgeschenk.

Nach der Landtagswahl stellt sich vor allem die Frage, welche Versprechungen seitens der Politik angepackt und umgesetzt werden. Die JUNGE GRUPPE wird der neuen Landesregierung sowie den Fraktionen im Hessischen Landtag diesbezüglich genau auf die Finger schauen und diesen nötigenfalls in die Wunde legen.



Erinnerungsstück und Gastgeschenk an die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (gefertigt: Kaweh Mansoori)

„Wir freuen uns sehr, dass der Raum mit knapp 40 Teilnehmern/-innen an seine Kapazitätsgrenze kam! Wir werden zusammen mit den Zuhörern/-innen ein Auge darauf haben, was nach der Wahl passieren wird!“ sagte Marcel Müller im Nachgang an die Veranstaltung.

Marcel Müller

THEMA					
Familie und Beruf	<ul style="list-style-type: none"> • Keine kostenlosen KITAs (bei kleineren Gruppengrößen) • Flexiblere Öffnungszeiten von KITAs • Ausbau Home-Office • Personalzuwachs (zur Begrenzung des Überstundenaufbaus) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenfreie KITAs und Ganztagschulen (bereits ab Kinderkrippe) • Behördeneigene KITAs fördern • Ausbau Home-Office 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung von Sozialleistungen / Kindergeld • Vereinfachung von Elternzeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Kostenfreie KITAs und Ganztagschulen (bereits ab Kinderkrippe) • Gebührenfreiheit bis zur Ausbildung • Mehr Freizeitausgleich durch Personalzuwachs 	<ul style="list-style-type: none"> • Übernahme der KITA-Gebühr bis zu 6 Std. täglich (ab 3 Jahre) • Erhöhung von Zulagen vorstellbar • Berücksichtigung des Familienstatus bei der Einsatzplanung denkbar
Schuldenbremse	<ul style="list-style-type: none"> • Schuldenbremse (trotz Einschnitten im öffentlichen Dienst) • Finanzierung von Projekten (nur) durch <u>aktuelle</u> Steuermehreinnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Schuldenbremse • Einführen von Reichen- & Konzernsteuern (1%) zur Finanzierung von Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> • Schuldenbremse, ohne öffentlichen Dienst „kaputt“ zu sparen • Finanzierung von Projekten durch <u>aktuelle</u> Steuermehreinnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Schuldenbremse • Einsparung von Parteigeldern • Zusatzeinnahmen durch Besteuerung der kommerziellen Wasserentnahme aus Flüssen 	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelhaushalt trotz Schuldenbremse • Modifizierung des Länderfinanzausgleichs
Polarisierung und Gewalt gegen Polizeibeamte	<ul style="list-style-type: none"> • Kampf gegen Politikverdrossenheit • Bekämpfung von Symptomen • Schutzparagraph (§ 115 StGB) wenig sinnvoll 	<ul style="list-style-type: none"> • Schließung der Schere zwischen Arm & Reich • Stopp des „Sicherheitswahns“ • Bekämpfung von Nazis / Neo-Nazis 	<ul style="list-style-type: none"> • Präventionsprogramme • Bürgernahe Polizei fördern 	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratie stärken • Grundwerte fördern • Schutz von Amtsträgern (PolB + Rettungskräfte) 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Staates • Einführung des Schutzparagraphs sinnvoll • Respektskampagnen durchführen



MUSS EINE DEMOKRATIE AUCH MAL WEHTUN?

Umgang mit Straftätern und die Grenzen beim Aufenthaltsrecht

Es verging in den vergangenen Monaten kein Tag, ohne dass dieses Thema den medialen Fokus verlassen hat. Sowohl in den Print- und TV-Medien, aber insbesondere natürlich in den sozialen Netzwerken überschlugen sich die Meinungen und Kommentare. Und vieles projiziert sich dabei auf die Polizei, die scheinbar für alles die Verantwortung zu tragen scheint.

Es herrschen in unserem Land Recht und Ordnung, der freiheitlich demokratische Rechtsstaat ist der Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Dazu gehören natürlich auch seit Jahrzehnten Menschen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen dazu entschieden haben, hier zu leben, oder aber, dies anzustreben.

Wo aber sind die Grenzen, wenn Dinge geschehen, die gerade unser Rechtsstaat keinesfalls dulden kann und darf? Rechtsbrüche müssen konsequent verfolgt werden und es obliegt ausschließlich der Justiz, Recht darüber zu sprechen. Und hier ist die Judikative bildlich gesprochen blind vor Augen, denn es ist völlig egal, wer vor ihr auf der Anklagebank Platz nimmt.

Was aber geschieht in der öffentlichen Diskussion zum hier beschriebenen Thema. Alle wollen Ankläger und Richter gleichzeitig sein. Jeder vertritt eine Meinung, die auch ordentlich geäußert, geschrieben und gepostet wird.

Verwaltungshandeln wird infrage gestellt, Gerichtsurteile scheinen ungerecht, reichen unsere Gesetze aus, warum wird nicht konsequent gehandelt und es werden wie immer Schuldige gesucht.

Fragen über Fragen, es schwelt ein Konflikt zwischen „Rechtsstaat und Rechtsempfinden“. Und mittendrin, wie so oft, die Polizei, der man ja scheinbar immer die Verantwortung gibt.

Die Politik trägt ihre eigenen Schlammschlachten aus. Die unsägliche Auseinandersetzung zwischen Innenminister Seehofer mit der Bundeskanzlerin Merkel, der sich in einer bisher nicht bekannten Art der Selbstüberschätzung dem Volk in der Diskussion um die Flüchtlinge

und Abschiebungen positioniert hatte, erzeugte mehr Kopfschütteln als Zustimmung.

Demgegenüber die Position der Kanzlerin, wenn sie denn eine ist ..., also die Position.

Wirkt die Demokratie mit seinem Rechtsstaat in Bayern anders als im übrigen Lande?

Populismus, verbunden mit einer klaren Erwartungshaltung in Richtung Landtagswahl, so scheinen die Verantwortlichen dort unsere Demokratie so zu „verrücken“, wie es ihnen gerade zu passen scheint. Einen Gefallen haben Seehofer und Merkel in der öffentlichen Schlamm-schlacht der Demokratie jedenfalls nicht erwiesen, bestärkt wurden nur andere. Und die mussten nichts dafür tun, ... bedenklich.

Dass unsere Demokratie auch einmal richtig weh tut, zeigt sich an einem Beispiel sehr deutlich. Die Causa Sami A. ist noch immer Thema in der öffentlichen Wahrnehmung. Der gesamte Vorgang wird rauf- und runterdiskutiert. Zuständigkeitsgerangel, gegenseitige Vorwürfe der Behörden, die Frage, wie überhaupt ein solcher Gefährder über Jahre in Deutschland leben und sich rechtmäßig aufhalten konnte. Bis hin zur letztendlichen Umsetzung der Abschiebung und den danach erfolgten Auseinandersetzungen zwischen Verwaltungsbehörden und Justiz. Der Rechtsstaat ist also gefordert.

Thema in der Bevölkerung aber ist, dass ein Verwaltungsgericht unter Androhung von 10 000 Euro Zwangsgeld die Ausländerbehörde Bochum verpflichtet hat, den Gefährder aus Tunesien zurück zu holen, in die Bundesrepublik.

- Zurückzuholen aus einem Land, in dem das Gericht es als nicht ausgeschlossen bewertet, dass der Gefährder gefoltert werden könnte.
- Gefoltert in einem Land, in dem sich immerhin Hunderttausende von Urlaubern jedes Jahr aufhalten, freiwillig natürlich.
- In einem Land, in dem Sami A. von der Polizei auf freien Fuß gesetzt wurde, während die Ermittlungen noch andauern.

- In einem Land, in dem einer der wohl prominentesten tunesischen Anwälte seine Interessen vertritt.

- In einem Land, in dem sich gerade die politisch Verantwortlichen von Bündnis 90/Die Grünen weiterhin weigern, dies als sicheres Herkunftsland zu bewerten. Bis auf die Grünen in Baden-Württemberg, aber die leben scheinbar in einem „grünen gallischen Dorf“.

Dazu kommen die medialen Darstellungen, in denen sich dieser besagte Sami A. dem deutschen Volk gegenüber äußert, deutlicher gesagt, in dem er unserem Land offen Drohungen ausspricht.

Die Eingangsfrage stellt sich also sehr deutlich. Muss eine Demokratie auch mal wehtun?

Und wo sind die Grenzen des Erträglichen?

In der Diskussion um die Erweiterung der sicheren Herkunftsländer auf die sog. „Maghreb-Staaten“ hat das Bundeskabinett einen neuen Versuch gestartet, diese Staaten plus Georgien anzuerkennen, doch muss der Bundesrat noch zustimmen. Hessen spielt eine entscheidende Rolle. Und erneut wird deutlich, dass die Grundeinstellungen unseres Regierungspärchens aus CDU und Grünen völlig konträr sind.

Am 27. Juli 2018 äußerte die hessische Justizministerin Kühne-Hörmann (CDU) in der FAZ:

„Ich persönlich unterstütze die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer. Eine solche Entscheidung hätte sicher beschleunigende Wirkung auf die Asylverfahren und wäre sowohl für die Gerichte als auch für die Betroffenen, die eine schnelle Entscheidung bekommen, ob sie in Deutschland bleiben können oder nicht, wichtig. Dass daraus eine politische Frage über die allgemeine Migrationspolitik gemacht wird, kann ich nicht nachvollziehen“.

Der Streit der Regierungskoalition ist also vorprogrammiert. Man schweigt derzeit und versucht möglicherweise, das Thema hinter die

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Landtagswahl zu verschieben. Aber natürlich fordert eine solche Aussage auch die hessischen Gegner und gleichzeitig Regierungspartner heraus.

Der stellv. Ministerpräsident Al Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) am 22. Juli 2018 im HR-Sommerinterview:

„Wir haben das in der Vergangenheit immer so gehalten, dass wir uns in der Koalition eine Meinung bilden und dann am Ende zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen.“ Er nannte die Diskussion aber eine „Schein-Debatte“. „Es komme darauf an, die Leute schneller zurückzuführen, dafür brauche es Rückübernahme-Abkommen mit den jeweiligen Ländern. Da hilft ein schnelleres Verfahren in Deutschland gar nichts.“

Ein weiterer Innenpolitiker meldete sich, Wolfgang Greilich (FDP). Der Rechtsexperte bezeichnete die Grünen am 19. 7. 2018 in einem Interview (HR) als „Bremser“. Die CDU könne „sich nicht gegen die Grünen durchsetzen. Es liege in der Hand von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), ob es die Neuregelung endlich geben werde“.

Zurück nach Wiesbaden, dort war ein weiterer Fall bundesweit medienpräsent. Das schlimme Verbrechen an dem ermordeten Mädchen Susanna aus Mainz, die in Wiesbaden von einem abgelehnten Asylbewerber getötet wurde, ließ die Emotionen erwartungsgemäß sehr hochkochen.

Und wieder waren es die unsäglichen Kommentare und Posts, die in den sozialen Medien ihren Lauf nahmen. Auch hier waren sie erneut sehr schnell zur Stelle, die Ankläger und Richter, für die das Versagen der Polizei (nicht der Politik) von vornherein feststand.

Flüchtling, abgelehnter Asylbewerber, Straftäter, der sich sein Aufenthaltsrecht vor Gericht erklagt hat, das alles auf Kosten unserer Steuergelder. Schlagworte, die in diesem Zusammenhang täglich die Diskussionen anfeuerten. Der Staat hatte scheinbar versagt, die Demokratie mit ihrem Rechtsstaat stellte sich als zahnloser Tiger dar, der diesen Tod hätte verhindern müssen, so der Eindruck.

Dazu die immer öfter aufkeimenden Vorwürfe der Vertuschung und das Zurückhalten von Informatio-

nen, natürlich durch die Polizei. Was ist Realität? Blicken wir einmal auf die unmittelbar einberufene Pressekonferenz zum besagten Fall. Am 6. 6. 2018 wurde das getötete Mädchen im Wiesbadener Stadtteil Erbenheim aufgefunden.

Am 7. 7. 2018 folgte am Vormittag die Pressekonferenz der StA Wiesbaden, an der neben der dortigen Leitung und Presseabteilung für die Polizei ihr Präsident Stefan Müller teilnahmen.

Die Öffentlichkeit wurde über siebenundzwanzig (27!) Minuten bis ins kleinste Detail informiert.



Der Wiesbadener Polizeipräsident berichtete offen, wie sich was zugezogen hat und welche Maßnahmen die Polizei in jeder Phase getroffen hat. In seinen über 20-minütigen Darstellungen gab er detailreiche Facetten dieses schrecklichen Verbrechens bekannt.

Umfangreiche personelle und technische Maßnahmen wurden durchgeführt, Telefondaten überprüft, Verkehrsdaten von Handys erfasst und ausgewertet, Telefonortungen durchgeführt, Pressemitteilungen veranlasst, öffentliche Fahndung betrieben und schließlich Kontaktpersonen der zunächst Vermissten privat und in der Unterkunft des Beschuldigten befragt. Über drei Tage hin erfolgten umfangreiche Suchmaßnahmen mittels Personals, Hubschrauber und Suchhunden.

Am 3. 6. gab dann ein 13-jähriger Flüchtling den Hinweis auf den vermeintlichen Tod und den vermeintlichen Täter. Unmittelbare Überprüfungen ergaben, dass die gesamte Familie des Beschuldigten geflüchtet war.

Es waren in der Kernphase jeden Tag etwa 300 bis 400 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz, bis schließlich die Getötete am 6. 6. aufgefunden wurde. Auch die erfolgte Flucht der gesamten Familie wurde umfangreich dargestellt, mit allen In-

formationen zur Reisebuchung, Namen, Zeiten, Umbuchungen der Flüge, bis hin zu den ausgestellten sog. Laissez-Passer-Papieren.

Schließlich gab die Polizei einen bis ins Detail gehenden Überblick aller polizeilichen und ausländerrechtlichen Befassungen mit dem Tatverdächtigen.

Ich persönlich habe keine Pressekonferenz aus den vergangenen Jahren in Erinnerung, die eine solche Menge an Informationen preisgab. Dies bestätigten auch die sehr wenigen Nachfragen der anwesenden Journalisten.

Weg vom Fall, hin zu unserem Thema. Wer sich nach dieser offenen Information der Presse und Öffentlichkeit noch immer zum Ankläger und Richter hervorhebt, indem der Polizei erhebliche Versäumnisse im Zusammenhang mit der Aufklärung des Verbrechens vorgehalten werden, der hat unser Rechtssystem, ja, unsere Demokratie nicht verstanden. Auch, wenn sie einmal wehtut.

Denn es scheint keine Rolle zu spielen, was Hunderte von Schutz-, Bereitschafts- und Kriminalpolizisten während der gesamten Phase geleistet haben. Glauben denn diese selbsternannten Rechtsprediger, dass ein solcher Vorgang auch nur einen einzigen Kollegen unbeeindruckt lässt?

Glauben sie denn, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht engagiert genug waren, diesen Fall klären zu wollen?

Ich möchte mich ausdrücklich bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an diesem Fall beteiligt waren und noch immer sind. Ihr habt mit einem hohen Engagement auf vieles verzichtet und die Aufklärung dieses schrecklichen Verbrechens in den Vordergrund gestellt. Lasst euch nicht durch die vielen Hasskommentare und Vorwürfe gegen die Polizei beeindrucken.

Auch dem Polizeipräsidenten Müller gilt meine Anerkennung für diese Pressekonferenz, die, gepart war durch Sachlichkeit, Transparenz und auch einem besonderen Einfühlungsvermögen für das Opfer und die Familie.

Demokratie muss manchmal wehtun, aber wo sind die Grenzen und wer setzt sie?

Peter Wittig



FRAUENGRUPPE

„Wenn Frauen eine Reise tun ...“

Oder auch: Wenn die Landesfrauengruppe der GdP Hessen unterwegs auf Bildungsreise ist.



25 Frauen aus Hessen in einem Bus, bunt gewürfelt von jünger bis älter, von Ost nach West und von Süd nach Nord, von total verschiedenen Dienststellen – und dennoch gleich erwartungsvoll auf das, was als Hinweis und Angebot in der Zeitschrift der GdP stand. Eine Bildungsreise sollte es sein ...

Und was waren das für zwei Tage!

Wir starteten am 14. 9. 2019 um 10 Uhr in Gießen. Bei der PAST Bad Hersfeld gab es einen Halt mit der Möglichkeit des Zusteigens – und ein leckeres Frühstück!

Um 14 Uhr checkten wir im Hotel „Park Inn“ in Weimar ein.

Bei der anschließenden Stadtführung brachte uns Frau Moller all die Größen der Stadt so nahe, als wären wir selbst dabei gewesen:

Goethe, Schiller, Herzogin Anna Amalia, ihr Sohn Herzog Carl August, Prinzessin Luise von Hessen-Darmstadt, Herder, Nietzsche, Wieland, Liszt und viele, viele andere.

Sie gab uns einen Einblick in ihr umfangreiches Wissen über Weimar, die europäische Kulturstadt und die Wiege der deutschen Klassik. Immer wieder

mit Zitaten und kuriosen Geschichten gespickt, ging die Besichtigungen zu Fuß in der Innenstadt wie im Fluge um. Großartig!

Wieder im Hotel angekommen und durch ein leckeres Abendessen gestärkt, blieb noch genügend Zeit, den Wellnessbereich und die Bar des Hotels „unsicher“ zu machen. Nette Gespräche ließen den Abend dann langsam ausklingen.

Dann der Samstag:

Gedenkstätte des Konzentrationslager Buchenwald.

Auf der Fahrt zum Ettersberg, von jeder ein beliebtes Wandergebiet mit viel Wald, etwa 10 km von Weimar entfernt, wurde es still im Bus. Was würde auf uns zukommen?

Wer noch nie in einer solchen Gedenkstätte war, hat höchstens Fotos, Bilder, Filme, vielleicht auch Berichte von damals im Kopf.

Aber es ist so viel mehr.

Wir erfuhren, dass die Nationalsozialisten im Juli 1937 hier ein Konzentrationslager errichteten, das bis zum April 1945 existierte. Nur einige Monate später entstand an gleicher Stelle ein sowjetisches Internierungslager, das im Frühjahr 1950 geschlossen wurde.

Mehrere Ausstellungen, die sich auf dem Gelände des ehemaligen KZ befinden, erinnern heute an Tausende von Menschen, die Tag für Tag zur Arbeitsklaverei gezwungen, gequält und ermordet wurden. Mehr als 56 000 Häftlinge kamen ums Leben.

Das Lagertor (mit der Inschrift „Jedem das Seine“), der Appellplatz, die Überreste von Baracken und andere



Gebäude sind erhalten, so auch jenes, wo die Einäscherungen vorgenommen wurden.

Erschreckend. Bedrückend. Wut und Fassungslosigkeit machten es immer stiller in unserer Gruppe.

Mit der jungen Frau, welche über den Förderverein der Gedenkstätte ehrenamtlich unseren Rundgang führte, hatten wir die Urenkelin eines Überlebenden von Buchenwald zwei Stunden an unserer Seite. „Tragt das Wissen hinaus in die Welt!“, bat sie uns. Damit es nicht in Vergessenheit gerät.

Gegensätzlicher, kontrastreicher hätte das Programm gar nicht sein können.

Ivan Ivanji, ein Überlebender, schreibt in seinem Beitrag für die Dokumentation „Buchenwald: Ausgrenzung und Gewalt, 1937 bis 1945“:

„Wunderbares und Schlimmes gibt es vielerorts auf diesem Planeten, aber nirgendwo befindet sich Schönstes und Erhabenstes, was Menschen gelungen ist, so nahe am Bösesten und Schrecklichsten, das sie begangen haben.“

Es waren also sehr viele Eindrücke die wir von der Fahrt mit nach Hause nahmen. Es bleiben nette Erinnerungen, neue Bekanntschaften und jede Menge unvergessliche Erlebnisse.

Elvira Wildenhain und Heike Frei

RUHESTAND

Nach 42 Dienstjahren, davon elf als Personalratsvorsitzender, sagt Jörg Ehlig „Tschüß“.

Wenn ein ausscheidender Personalratsvorsitzender von einem „designierten“ verabschiedet wird, muss er sich auf Überraschungen gefasst machen. So erging es auch Jörg Ehlig. Im guten Glauben, dass auf dem Weg zum letzten Dienst und damit der Verabschiedung einen Zwischenstopp nicht zu vermei-

den war, steuerte er auf dem Weg von Wohnort zum Dienstort das Fahr- und Trainingszentrum Hünstetten an. Nein, die mitreisende Frau Ehlig musste nicht wegen eines dringlichen Bedürfnisses auf die Toilette, vielmehr wartete eine Eskorte in Gestalt einer Motorradstreife, unter der kompetenten Leitung seines designierten Nachfolgers, und diese eskortierte Jörg zu seiner HPA.

Dort warteten bereits zahlreiche geladene Gäste auf den angehenden Jungpensionär, der seine Gästeschar zu einem reichhaltigen Frühstück um 8:15 Uhr eingeladen hatte. Auch die Uhrzeit 8:15 und die damit verbundene Redewendung 08/15 waren nicht zufällig gewählt (Benutzt wird der Ausdruck 08/15 im Sinne von „ganz gewöhnlich“,

Fortsetzung auf Seite 8



RUHESTAND

Fortsetzung von Seite 7

„nicht besonders“, „durchschnittlich“, „mittelmäßig“ oder „nicht erwähnenswert“.) Doch weit gefehlt, nach dem Eintreffen gab es zunächst nichts auf die Gabel, sondern auf die Ohren. Mit diesem flapsigen Satz, der aber nicht ernst gemeint ist, ergriff Jörg Thumann das Wort. Der stellvertretende Personalratsvorsitzende überreichte das Abschiedspräsent der anwesenden Kolleginnen und Kollegen. „Gönn dir was du willst, was du schon immer mal haben wolltest, sinnvoll oder nicht, etwas nur für dich“, war der gereimte Spruch für das überreichte Geldgeschenk. Weiter in Prosa, aber lieb gemeint, hatte die Bürogemeinschaft des Personalrates, zu der neben Jörg und Jörg auch Marika Hertling gehört, noch ein Abschiedsgedicht mitgebracht, welches dem angehenden Jungpensionär den Weg in die bald alte Dienststelle ermöglichen. Dafür gab es großen Applaus der Gästeschar. Nach und nach lichtete sich dann bei kulinarischen Leckereien die Gästeschar, schließlich war ja auch




Dienstzeit. In anschließender kleinen Runde überreichte der kommissarische Präsident der HPA, Peter Huth, dann formal die Ruhestandsurkunde. Stationen Jörgs Polizeilaufbahn waren: 1976 Eintritt in die hessische Polizei in Mühlheim am Main; weitere Stationen über das HLKA in unterschiedlichen Abteilungen. 1988 folgte dann die Versetzung an die HPS in den Fachbereich 10 (Foto und Videotechnik). Menschliche und pädagogische

Kompetenz innehabend, war natürlich auch der Weg in den Personalrat nicht weit. Als Fachlehrer tätig wurde er in den Personalrat gewählt, dem er ab 1999 als stellvertretender Vorsitzender und seit 2007 als Vorsitzender leitete. Kompetenz unter dem Zeichen der vertrauensvollen Zusammenarbeit, auch den Finger in die Wunde

legend und unbequem sein, waren und sind die Attribute, die Jörg Ehlig auszeichnen. Recht herzlichen Dank, lieber Jörg, auch im Namen der anderen Vorsitzenden der Polizei Personalräte, für deine stets bereichernde Art. Wir wünschen dir im Familienkreis bei hoffentlich besserer Gesundheit viele gesunde Jahre und vor allen Dingen Zeit und Muße, zum Reisen und Tauchen!

Jens Mohrherr

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

STERBEFÄLLE

Es starben

Otto Eller
Thomas Gramatte
Kreisgruppe Wiesbaden
Heinz Vömel
Kreisgruppe Bad Homburg
Alfons Habel
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg
Ludwig Fröhlich
Kreisgruppe Waldeck/
Frankenberg
Ralf Görner
Kreisgruppe Groß-Gerau

**Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren!**

